

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XX/141

Bonn, den 29. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Haben wir eine Regierung ?</u> Spiegelreflektorei ist kein Ersatz für Politik	41
1a	<u>PAUL SÄTTLER</u> Ein großer Verlust für die deutsche Demokratie	36
2 - 3	<u>Unentschuldigbares Versäumnis</u> Die 18. Lastenausgleichs-Novelle ist nur noch ein Gespenst Von Willy Jäger	64
3	<u>GenE</u> Verwirrende Begleitmusik	50
4 - 5	<u>Wilhelm Keil, Senior der SPD an seine Freunde</u> Seine Ansprache, gehalten aus Anlaß seines 95. Geburtstages	105
6	<u>Erbenschaft der Hitler-Stalin-Ära</u> Vor 26 Jahren wurden Estland, Lettland und Litauen mit Zustimmung Hitlers in die Sowjetunion "eingegliedert"	42

Haber, wir eine Regierung ?

Spiegelzecherei ist kein Ersatz für Politik

... - ap - Eigentlich hat der Krach zwischen CDU/CSU und FDP keinen Neuheitswert. Dieser Krach besteht in der Praxis seit Jahren, flammt aber immer wieder auf, wenn die FDP sich und anderen beweisen will, daß sie einen gewissen Eigenwert besitzt. Solange der Streit um Wahlplakate geht, ist die Sache weiter nicht schlimmer; auf diesem Gebiet sind die Koalitionspartner nie zimperlich gewesen. Als Erhard mit den Steuergeldern der Bundesbürger seine Inseratenkampagne startete, unterließ er es geflissentlich, seine vermeintlichen Leistungen als Regierungschef mit dem Juniorpartner FDP zu teilen. Jetzt revanchiert sich dieser mit der Behauptung, seine Kärnen kleben nicht an Ministeresseln. So weit, so gut (oder schlecht). Der in die Ferien reisende Bundesbürger wird das Scherwitzel unter der Rubrik "Koalitionsgesänk" registrieren.

Die ganze Sache ist natürlich ernster, wenn man überlegt, ob diese Koalitionsregierung überhaupt einmal richtig regiert hat. Man rauft sich ja nicht nur vor der Wahl, sondern hat sich schon seit oh und je ins Kreuz getreten. Sei es wegen der zu vergebenden Posten oder wegen dieser oder jener Leistung, die sich der kleine oder große Koalitionspartner allein zugute schreibt und von der er jeweils behauptete, sie wäre niemals zu Stande gekommen, hätte er sich nicht dafür stark gemacht. Die höheren Beamten in den einzelnen Ministerien wissen ein Lied davon zu singen und haben oft genug - besonders während der letzten Etatberatungen - den Abgeordneten der Opposition ihr Leid geklagt.

Natürlich wird man sich wieder beruhigen. Warum auch nicht? Schließlich wollen beide Partner beweisen, daß sie tüchtig sind. In der Zwischenzeit wird jedoch immer deutlicher, daß die Spiegelzecherei zwischen den Koalitionspartnern kein Ersatz für deutsche Politik ist.

Gerade jetzt stehen außer den dringenden innenpolitischen Fragen einige auch die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar betreffende Probleme auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Es ist nicht ersichtlich, ob die zur Zeit noch amtierende Bundesregierung die Kraft hat, in Brüssel bei den EWG-Verhandlungen oder in Genf bei den Abrüstungsgesprächen mit wirklich klaren Vorstellungen aufzutreten. Mit der Entsendung eines "Abrüstungsbeauftragten" nach Genf als Beobachter ist es ja nicht getan.

Viel wichtiger wäre es, wenn die deutsche Öffentlichkeit erfahren könnte, welche Haltung die Bundesrepublik bei den Bemühungen um Entspannung zwischen Ost und West und - damit verbunden - bei den Ir-örterungen über die Einbeziehung der Deutschlandfrage in diesen engen Komplex einzunehmen gedenkt.

Wir fürchten, daß man bei dem jetzigen Zustand der noch amtierenden Regierung keine Zeit und auch keine Kraft hat, diesen Problemen jene Aufmerksamkeit zu widmen, die sie verdienen. Man rauft sich um Plakate.

PAUL SÄTTLER †

Ein großer Verlust für die deutsche Demokratie

sp - Wir haben einen guten Freund verloren. Paul Sättler ist in den frühen Morgenstunden des 27. Juni von uns gegangen. Wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag riß ihn der Tod aus unserer Mitte. Nicht nur in Dortmund, wo Paul Sättler einen großen Teil seines arbeitsreichen Lebens verbrachte, wird der Tod dieses Mannes als Schmerz empfunden werden. Die deutsche Demokratie hat einen aufrichtigen Streiter verloren, der sich immer dort einsetzte, wo es galt, der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit zu dienen.

Paul Sättler war in seiner Jugend aus Friedland in Ostpreußen ins Ruhrgebiet gekommen. Seine Intelligenz und sein Sinn für das Wesentliche ließen ihn bald in seiner neuen Heimat zu einer Persönlichkeit werden, deren Wort viel galt. Als Stadtrat von Körde und später von Dortmund sammelte er Erfahrungen in der Verwaltung. 1953 wurde er von den Nationalsozialisten aus Amt und Würden gejagt. Verfolgt und verfeindet mußte er sich kümmerlich durchschlagen, blieb aber stets der Idee des demokratischen Sozialismus treu. Viele Fäden des illegalen Kampfes gegen Hitler liefen bei ihm zusammen.

Als die Nacht der Diktatur vorüber war und es darum ging, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen, war Paul Sättler einer der ersten, die sich wieder zur Verfügung stellten. 1946 finden wir ihn als Beigeordneten der Stadt Dortmund, bald darauf als Mitglied der Industrie- und Handelskammer, Vorstandsmittglied der Rheinischen Elektrizitätswerke und schließlich deren Generaldirektor. Jahrelang ist er Mitglied des Vorstandes der AOK Dortmund, Aufsichtsrat der Dortmunder Stadtwerke und der Hafen-AG sowie Aufsichtsrat der August-Thyssen-Hütte-AG gewesen.

Das Bild des Verstorbenen wäre unvollständig, wollte man nicht daran erinnern, daß auch viele kulturelle Interessen sein Leben erfüllten. Als Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung war er stets ein treuer Berater und Wegweiser jenes vom ersten deutschen Reichspräsidenten ins Leben gerufenen Bildungswerkes.

Die "Westfälische Rundschau" in Dortmund, eine der größten Zeitungen der Bundesrepublik, hat Paul Sättler bald nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. Er war ihr Gesellschafter sowie Geschäftsführer der Druckerei des "Westfalendruck". Auch als Gesellschafter des SPD-Pressedienstes hat sich Paul Sättler um die deutsche Publizistik verdient gemacht.

Alles das sagt aber zu wenig über den M e n s c h e n Paul Sättler aus. Der Freund, den wir heute betrauern, hat stets seine Hilfe und seine Tatkraft jenen dargeboten, die ihrer bedarften. Bescheiden und zurückhaltend förderte er junge Menschen, bot ihnen Startmöglichkeiten und wurde dadurch zum Vorbild vieler, die ihn als ihren väterlichen Freund betrachteten.

Der Tod von Paul Sättler ist ein herber Verlust für alle, die sich bewußt sind, wie groß seine Leistungen und wie vorbildlich sein Leben für die Gemeinschaft war.

Unentschuldbares Versäumnis

Die 18. Lastenausgleichs-Novelle ist nur noch ein Torso

Von Willy Jäger

Bei den finanzpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen ging es auch immer wieder um den Lastenausgleich. Die Ursache war ein vom Bundestag beschlossenes Änderungs-gesetz, das Verbesserungen im Lastenausgleich in Höhe von 7,6 Milliarden DM vorsah. Es handelte sich um eine "große Novelle", deren wichtigste Verbesserungen erst in den parlamentarischen Beratungen zustande gekommen waren. Die Hauptentschädigung und die Hausratsentschädigung sollten erhöht werden. Voraussetzung für die Verabschiedung dieser 18. Lastenausgleichs-Novelle waren ausreichende Reserven in dem für die Finanzierung des Lastenausgleichs geschaffenen Sonderfonds. Um diesen Fonds entbrannte ein Streit, der in der Sondersitzung des Bundestages am Freitag voriger Woche ein unerwartetes, vorläufiges Ende fand. Entgegen den Berechnungen der Sachverständigen aller Bundestagsfraktionen, der Geschädigtenverbände, aber auch einzelner Regierungsmitglieder, verneinte die Bundesregierung das Vorhandensein ausreichender finanzieller Mittel. Sie tat das aber nicht etwa im Bundestag bei der Beratung der Novelle, - dort durfte Vertriebenenminister Lemmer seiner Freude über das Erreichte Ausdruck geben -, sondern in der Öffentlichkeit und in dem entscheidenden Augenblick, als sich der vom Bundesrat angerufene Vermittlungsausschuß damit zu befassen hatte.

Skepsis war berechtigt

Die Widersprüche bezüglich der Finanzierungsmöglichkeiten, die vom Bundesrat beanstandet wurden, hätten nicht zu entstehen brauchen, zumindest aber längst geklärt werden können. Hier liegt ein unentschuldbares Versäumnis der zuständigen Bundesministerien vor. Seit Jahren haben die Sozialdemokraten eine echte Bestandsaufnahme im Lastenausgleich gefordert, die sowohl die Notwendigkeiten als auch die Möglichkeiten einschließt. Dazu war die Regierung nicht bereit oder nicht instande. Stattdessen trug Bundeskanzler Erhard durch zufällige Bemerkungen über die Forderungen der Geschädigten dazu bei, in der Öffentlichkeit ein falsches Bild über die soziale und materielle Lage großer Teile der Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge und Kriegssachgeschädigten entstehen zu lassen. Daß die Bundesregierung ihren Entwurf einer 18. LAG-Novelle erst in der Schlußphase des 4. Bundestages vorlegte, paßte ganz in diesen Rahmen. Wer angesichts des geringen Umfangs dieses Entwurfs und des späten Zeitpunktes der Vorlage schon mißtrauisch war, dessen Skepsis erwies sich, wie die jüngsten Ereignisse zeigten, als berechtigt.

Wesentliche Verbesserungen gestrichen

Die 18. Lastenausgleichs-Novelle ist nur noch ein Torso. Der vom Bundestag eingeschaltete Vermittlungsausschuß hat Kürzungen im Ausmaß von rund fünf Milliarden DM vorgenommen. Alle wesentlichen Verbesserungen wurden gestrichen. Zu diesem "Vorschlag" hatte nun der Bundestag am 23. Juli Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokraten ließen durch ihren Abgeordneten Seuffert erklären, daß sie über einen annehmbaren Kompromiß allenfalls mit sich hätten reden lassen, daß das Vermittlungsange-

bet für sie jedoch unannehmbar sei. Noch einmal wiesen sie auch darauf hin, daß die einmütigen Beschlüsse des Bundestages vom 1. Juli, an denen sie festhielten, weder Auswirkungen auf den Bundeshaushalt, noch auf den Kapitalmarkt hätten. Die SPD stimmte, unterstützt von einem Teil der FDP-Fraktion, geschlossen gegen den Vermittlungsvorschlag. Der andere Teil der FDP stimmte mit der CDU/CSU, deren Fraktionsvorsitzender Dr. Barzel sich für die Annahme ausgesprochen hatte. So ergab sich eine sehr knappe Mehrheit für den dürftigen Vorschlag des Vermittlungsausschusses.

Die Erschütterung, die diese Entscheidung bei den Geschädigten ausgelöst hat, läßt sich noch nicht absehen. Als erste Reaktion wurde von den Verbänden der Vertriebenen, Fliegergeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge eine Welle von Protestkundgebungen angekündigt. Der zweieinhalb Millionen Mitglieder zählende Bund der Vertriebenen wird in wenigen Tagen seine Maßnahmen festlegen. Die Bundeshauptstadt wird voraussichtlich noch während der Ferienzeit eine Protestdemonstration erleben, wie es sie in Bonn noch nicht gab. Der gemeinsame "Marsch auf Bonn" der Geschädigtenverbände dürfte kaum noch zu vermeiden sein. Schuld an dieser Situation trägt die Bundesregierung und vor allem der Kanzler, der menschliche Schicksale mit "verstaubten Akten" verwechselt.

+ + +

Genf

Verwirrende Begleitmusik

sp - Die Blicke der Völker richten sich in diesen Tagen nach Genf, den Ort von jahrelangen Abrüstungsgesprächen. Viele Monate lang traten die west-östlichen Verhandlungspartner - Frankreich gehört nicht zu ihnen - auf der Stelle, ersetzten Proklamationen und rhetorische Feuerwerke das redliche, von gegenseitiger Kompromißbereitschaft geleitete Suchen nach erfolgverheißenden Wegen. Wird sich das gleiche Bild wiederholen? Vieles spricht dafür, daß Amerikaner und Sowjetrussen, die Hauptbeteiligten, diesmal ernstlich gewillt sind, wenigstens millimeterweise im dornigen Gestrüpp voranzukommen. Harrimans geheimnisumwitterte Mission als Sonderbotschafter des Präsidenten Johnson gibt allerdings viele Rätsel auf. Inwieweit er seine Karten in Gesprächen mit westlichen Bündnispartnern offen aussprechen konnte oder wollte, bleibt im Dunkeln. Harriman bestätigte dem Krenl seine Friedensliebe und ist überzeugt davon, es werde sich eine Grundlage gemeinsamer Interessen auf entscheidenden Teilgebieten ergeben. Sowohl Washington als auch Moskau haben ein elementares Interesse daran, eine Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Viel Zeit dazu bleibt nicht. Doch welchen Preis werden die Sowjetrussen für Zugeständnisse abverlangen? Müssen nicht auch andere Problemkomplexe mit einbezogen werden? Der erste Wiederauftritt des sowjetrussischen Unterhändlers Zaraphin, als zäher und unrackgiebiger Partner bekannt und gefürchtet, gibt wenig Raum für Hoffnungen. Dazu kommt die Absicht der Sowjetunion, die Rüstungsindustrie auf Kosten des Konsums auszubauen. Innerhalb des Krenl scheinen Generäle und Marschälle etwas mehr Oberhand bekommen zu haben, sie bestanden auf einem erhöhten Rüstungsetat und setzten sich durch. Das ergibt eine mißtönende Begleitmusik zu den Genfer Verhandlungen. Die Tatsache jedoch, daß Amerikaner und Russen nach langer Abstinenz sich wieder am Verhandlungstisch zusammengefunden haben, hat ein überragendes Gewicht. Die Bundesrepublik wird gut daran tun, die kommenden Tage und Wochen mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Vieles steht auf dem Spiel.

Wilhelm Keil, Senior der SPD an seine Freunde

Eine Ansprache, gehalten aus Anlaß seines 95. Geburtstages

sp - Am vergangenen Wochenende wurde der Senior der Deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Keil, 95 Jahre alt. Seine Freunde in Ludwigslust hatten aus diesem Anlaß am Vorabend des Geburtstages zu einer Feierstunde eingeladen, in deren Mittelpunkt die Verlesung einer Ansprache von Wilhelm Keil stand, da er selbst aus Gesundheitsgründen nicht daran teilnehmen konnte. Weil diese Ansprache vielleicht viel mehr über das Wesen der Deutschen Sozialdemokratie aussagt als manches Buch, veröffentlichen wir ihren vollen Wortlaut. Die Redaktion

* * *

Meine "Birn-Kreis" engere Freunde hat Sie ohne mein Zutun hierher geladen zu einer Feierstunde aus Anlaß meines 95sten Geburtstages, der morgen mit kalendermäßiger Pünktlichkeit fällig ist. Zu meinem schmerzlichen Bedauern kann ich nicht unter Ihnen weilen. Meine Chren und meine Beine verwehren es mir, dort zu sein, wo es einem ausgedienten Politiker oft einziehen will, zur Versammlung, wo über die Dinge von Staat und Volk geredet wird. Die Augen und der Kopf sind mir noch leidlich dienstbar; der sinkende alte Mann kann noch in abekürzten 8-Stundentag die briefliche Verbindung mit alten Freunden pflegen. Die verbleibende Freizeit dient dann dazu, in Sessel am Fenster den Verlauf der Weltpolitik sorgfältig zu kontrollieren, ohne ihn beeinflussen zu wollen. Geht die Weltgeschichte verkohrte Wege, so fühle ich mich unschuldig. Manchmal stümpert der kleine Urenkel in's stille Zimmer, dann muß eben die Kontrolle der Weltpolitik unterbrochen werden.

Heute nun, zu dieser Stunde, gehen meine wärmsten Grüsse in diesen Saal zu Ihnen allen aus nah und fern und meine Empfindungen sind erfüllt von tiefem Dank für diese Ehrung. Ich bin aber mit der Frage noch nicht ganz fertig gewesen, ob mein hochbezahlter Geburtstag ein zureichender Grund zu einer solchen Feier sein kann. Hohes Alter ist kein persönliches Verdienst und nur selten ein ungetrübttes Glück. Bis jetzt durfte ich es hinnehmen als ein Geschenk, für das ich dankbar bin. Dankbar bin ich auch dem kleinen Bauernhause, in dem ich aufgewachsen bin. Als junger Handwerksgeselle lebte ich in einer Welt, die von der heutigen so verschieden ist, wie der Ochsenkarren von Flugzeug. Man wusste damals nichts vom 8-Stundentag. Ferien waren für den Arbeiter ein fremder Begriff; es gab kein Tarifrecht, keinen Schutz gegen willkürliche Entlassung, vor allem aus politischen Gründen, aber es gab unbefristete Arbeitslosigkeit. Es gab auch keine besonderen Anstalten zur politischen Schulung und Fortbildung. Der Einzelne mußte sich nach langer Tagesarbeit die Literatur suchen, die ihm für die Weiterbildung nützte, und dann wurden die Nächte damit ausgefüllt.

Da war es dann die Vision vom Sozialismus, die uns Junge gefangen nahm. Ein Reich der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, hier lag der Weg des Heils. Und wenn in der Rückschau manches Illusionäre darsingelesen ist, so weiss ich heute: Uns Jungen gab damals der Glaube an diese bessere Welt die heilige Begeisterung und die harte Zähigkeit zu unentwegtem Lernen. Was haben wir nicht alles an Weltverbesserungsideen und Rezepten in nächtlichen Diskussionen durchgesprochen, zum Schluss ist stets göttlichen das Bekenntnis zum demokratischen Staatsgedanken, der damals bei allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der kleinen Schicht alter Demokraten verpörrt war. Hat nicht der deutsche Kaiser noch 1918, kurz vor dem Zusammenbruch der Monarchie bei einer Parade gepörrt: "Wo keine Garde steht, kommt keine Demokratie hin". Und haben nicht alle Gegner der Demokratie ihm zugejubelt?!

Meine Partei - mein Schicksal - hat mich mein langes Leben hindurch den Weg der Demokratie geführt, den ich in allen Stürmen und Gewittern nicht wieder verlassen habe. Stolz bin ich auf die grossen Leistungen der Partei im Verlauf eines Jahrhunderts. Sie hat im Kampf mit den alten Gewalten das Fundament gelegt zu der staatlichen Ordnung, auf dem wir heute stehen. Sie war jederzeit die Erickkraft des politischen und sozialen Aufstiegs unseres Volkes. Den ehemals so bescheidenen Lebensstandard der Klassen hat sie stark zu heben vermocht. Heute bedarf vielleicht mancher der Belehrung, daß wir das Schlaraffenland nie erreichen werden. Mich vorzieht z.B. die Tatsache, daß es nicht die verlässlichsten Stützen der Demokratie waren oder sein werden, die in einer Zeit des leichten Geldverdienens ungeehrt reich geworden sind. Ist diese Anhäufung des Reichtums politisch ganz harmlos?

Dankbar bin ich dem Landkreis Ludwigsburg. Als Bekundung ihres fortschrittlichen Denkens hat mich die Mehrheit seiner Wähler vor 55 Jahren in den Landtag und vor 35 Jahren auch in den Reichstag gewählt. In meinen vielen Abgeordnetenjahren konnte ich immer ihr Volksvertreter sein. Heralliches Gedonken bewahre ich dabei all den verstorbenen treuen Mitstreitern, einfachen Arbeitern zumeist, aber Idealisten mit schwierigen Händen und bereit zu mancherlei Strapazen und Opfern. Wer gepackt wird von der Politik, wer sie gar als Lebensberuf wählt und die Aufgaben sieht, die sich täglich neu vor ihm aufstürzen, wird bald erkennen, daß die Politik den ganzen Menschen fordert und überfordert, und auch dem Familienleben große Opfer abverlangt. Ich hatte das seltene Glück, 27 Jahre lang eine Frau an der Seite zu haben, die in den guten und in den bösen Zeiten meines politischen Wirkens vorbildlich alle Opfer brachte, die eine Politikerafrau nur bringen kann.

Es ist wohl das letzte Mal, daß meine alte Stimme in einer Versammlung hörbar ist. Welche Umwälzungen seit 70 Jahren, als ich in's politische Getriebe geriet! Die Welt hat ein anderes Gesicht bekommen und wandelt sich in Unruhe weiter. Ist es da ein Wunder, oder ist es nicht vielmehr notwendig und eigentlich selbstverständlich, wenn auch meine Partei andere Züge bekommt? Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches haben wir uns abgemüht am Aufbau eines demokratischen deutschen Staates. Dabei war das Wohl des Volkes unser oberstes Gesetz. Am Ende gab es Hohn und Terror, Verfolgungen und Hinrichtungen und einen zweiten Weltkrieg. Nur wenige der Politiker von Weimar haben ihre späte Rechtfertigung erlebt. 1945 begann mit größerem Glück wieder ein Neuaufbau aus den Trümmern einer frevelhaft falschen Politik, aber diesmal ohne erkennbare Feinde der Demokratie.

Der technische Erfindergeist brachte Staunenswertes, aber daneben broht auch die Atomombe und in vielen Wetterwinkeln der Weltpolitik sehen wir den Mißbrauch der Technik im Dienste der Tyrannei in den verschiedensten ideologischen Verkleidungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will sie nicht ermüden mit dem weltpolitischen Lagebericht eines alten Mannes. Was aber die Bundesrepublik Deutschland betrifft, so wissen wir nach grauenhafter Belehrung: unser Staat kann nur ein demokratischer, sozialer Staat sein. Er wird es sein, wenn bei der kommenden Volksentscheidung die historisch verwurzelte, auf gewaltigen Leistungsaufbau sich stützende, auch in Staatkatastrophen bewährte Partei der deutschen Sozialdemokratie, der ich stets zu dienen bereit war, den Sieg davonträgt. Ich wünsche ihr einen vollen Erfolg."

Erbschaft der Hitler-Stalin-Ära

Vor 25 Jahren wurden Estland, Lettland und Litauen
mit Zustimmung Hitlers in die Sowjetunion "eingegliedert"

sp - Vor 25 Jahren, in den Monaten Juni, Juli und August 1940 zog unter der Ära des sowjetischen Machtkabare Stalin das Grauen in die bis dahin selbständigen Staaten des Baltikums, Estland, Lettland und Litauen ein. Aber auch Hitler war mit von der Partie, denn durch das Scheinabkommen zum deutsch-russischen Nichtangriffspakt vom August 1939 erhielt Stalin durch Hitler freie Hand in den drei baltischen Staaten. Sie wurden zur Interessensphäre der Sowjetunion bestimmt.

Die Sowjetunion zwang den baltischen Staaten Verträge auf, nach denen sie Basen für See-, Luft- und Landstreitkräfte dort in Anspruch nehmen konnte. Die russischen Botschaften in den Hauptstädten Wilna, Riga und Reval wurden die Instrumente Stalins für die Unterwerfung der drei Staaten. Die Abgeordnetenkammern wurden aufgelöst und die Wahlen nach Einheitslisten unter kommunistischem Vorzeichen begannen. Die Vernichtung jener Bevölkerungsteile, die die nationale Unabhängigkeit erhalten wollten, begann unter grauerhaften Umständen. Der Eingliederung in die Sowjetunion stand dann nichts mehr in Wege.

Die damaligen Vorgänge sind besonders in Skandinavien in lebendiger Erinnerung geblieben. Stockholm wurde ein Zentrum der baltischen Exilorganisationen. Allein in Schweden leben heute über 26 000 Esten, Letten und Litauer. Selbstverständlich wünschen diese Menschen, die Freiheit ihrer Heimatländer unter demokratischen Vorzeichen eines Tages wiederzuerlangen, ohne jedoch einer revanchistischen Politik zu huldigen.

Schweden hilft den Exilbalten vornehmlich auf kulturellem Gebiet. 1943 wurde in Stockholm das estnische Komitee gegründet, das zwei Volksschulen unterhält, für die der schwedische Staat aufkommt. 18 Fortbildungsschulen, deren Unterrichtssprache Estnisch ist, werden ebenfalls von der schwedischen Regierung unterhalten. Hier können die Kinder, die normalerweise die schwedischen Schulen besuchen, nebenbei ihre Muttersprache und die Geographie, Geschichte und Literatur ihrer Heimat lernen. Zentren dieser Schulen sind Stockholm und Göteborg. Auch der Sitz der Freien Kirche Estlands ist Stockholm.

In der schwedischen Hauptstadt residiert der estnische Nationalrat, eine Koalition politischer Gruppen, die einmal als demokratische Parteien in Estland existierten. Dazü verbunden ist der estnische Nationalfonds, der mit zahlreichen Publikationen über Estland und das Schicksal der dortigen Bevölkerung hervortritt.

Daneben existiert in Stockholm das lettische Hilfskomitee für die rund 4 000 Letten, die in Schweden leben. Es handelt sich hier um eine von der schwedischen Regierung anerkannte Vertretung, die Flüchtlinge aus Lettland berät und ihnen hilft. Auch die Mittel für die Ferienverschickung der lettischen Kinder im Sommer und eine eigene Poliklinik der Letten werden von der schwedischen Regierung gestellt.